



Betreff: Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion vom 22.01.2013 zum Haushalt 2013

- 1.) Wie erklärt die Verwaltung den Kostenaufwuchs von 1,5 Mio. im neu geschaffenen Fachbereich Verwaltungsmanagement gegenüber der alten Struktur?
- 2.) Sieht die Verwaltung die Möglichkeit für Druck – und Vertrieb des Amtsblattes Unternehmen zu begeistern und hat sie dies auch vor?
- 3.) Die Verwaltung wurde gebeten darzulegen, welche Sparpotenziale (in Euro und Kurzer Erläuterung) sich aus folgenden Mehraufwendungen ergeben
Mehraufwendungen bei Beraterkosten Mobilität (70.440 Euro)
Mehraufwendungen durch die Optimierung der internen Post- und Kurierdienste im Rahmen von „Shared Service“ (105.000 Euro).
- 4.) Ist es angedacht städtische Dienstwagen mit konventionellen Antrieben (Otto-bzw. Dieselmotoren) durch Fahrräder oder Elektromobile zu ersetzen. Wenn ja, welche und in welcher Höhe kann mit Einsparungen gerechnet werden?
- 5.) Ist es angedacht die Betreuung von Städtepartnerschaften in die Obhut von Privatinitiativen und Freundeskreisen zu übertragen? Wenn ja, welche und in welcher Höhe kann mit Einsparungen gerechnet werden?
- 6.) Ist es angedacht zukünftige Veräußerungserlöse grundsätzlich zur Schuldentilgung einzusetzen?
- 7.) Sieht die Verwaltung folgende Möglichkeiten und wenn ja, werden diese auch angestrebt?
 - a) Zinsersparnis z. B. durch Umschuldung
 - b) Kassenbestände zinsbringend anlegen z. B. Tagesgeldkonten
 - c) Einrichtung eines Liquiditätspools mit Beteiligung städtischer Gesellschaften
- 8.) Schätzt die Verwaltung die Einnahmen in der Haushalts- und Finanzplanung als realistisch ein?
- 9.) zum Stellenplan
 - a) Wie viel offene Stellen gab es zum 01.01.2013?
 - b) Wie viel sollen davon wieder besetzt werden?
 - c) In welchen Bereichen sollen die Stellen besetzt werden?

Antwort der Verwaltung

Zu 1.

Zwischen den in der Tabelle dargestellten Kostenveränderungen und der Verwaltungsstrukturänderung gibt es keinen Zusammenhang.

Die Kostenveränderungen im ehemaligen Hauptamt, jetzt Fachbereich Verwaltungsmanagement, entstehen aus folgenden Gründen:

- Neuordnung finanzieller Ressourcen für E-Government, die in 2012 gestrichen wurden;

- Erhöhung der DV-Aufwendungen durch Erweiterung von DV-Arbeitsmitteln auf Grund von Arbeitsverdichtung;
- Kompensation von Stellenabbau durch Technik,
- Anpassung Softwarekosten durch Softwarehersteller, dringende Projektkosten (z. B. Sepa);
- Steigerung der Verfahrensbetreuung durch neue und erweiterte DV-Verfahren durch den IT-Dienstleister (ausgelagerte DV-Abteilung);
- teilweise Umstellung von Eigen- auf Fremdleistung im Bereich Pforte und im Bereich „Interne Kurierdienste“ (beides mit entsprechender Kompensation im PK-Bereich),
- Erhöhung der Spritkosten im Fuhrpark.

Zu 2.

Im Rahmen der mittelfristigen Potenzialbetrachtungen wurde ein verwaltungsinterner Auftrag definiert, die Auflagenstärke und Veröffentlichungsmöglichkeiten des Amtsblattes zu prüfen. Dieser schließt auch Prüfungen zur möglichen finanziellen Beteiligung Dritter ein. Ziel ist es, ab 2014 die Kosten für das Amtsblatt zu senken.

Zu 3.

Zu beiden Themen wird auf die Informationsvorlage „Mobilitätsoptimierung in der Stadt Halle (Saale) – Umsetzung der Maßnahmen aus der Potenzialanalyse“ (V/2012/11228) in der Sitzung des Finanzausschusses vom 04.12.2012 hingewiesen. Diese ist als Anlage beigefügt.

Die Kostenposition Mobilität ist eine Gesamtsumme, die sich aus Fachexpertise und notwendigen Veränderungskosten zusammensetzt. Der genannte Mobilitätsberater erhält demzufolge nicht die gesamte Summe.

Die „Mehraufwendungen“ im Bereich Interne Post- und Kurierdienste sind Sachaufwendungen, die die bisherigen Sach- und Personalaufwendungen durch eigene Leistungserbringung ausgleichen. Kompensiert wird dies durch die Setzung von zukünftig wegfallenden Stellen (kw-Stellen) in der bisherigen Leistungsstruktur.

Zu 4.

Die Verwaltung wird das Thema im weiteren Verlauf des Projektes Mobilitätsoptimierung prüfen und den Stadtrat über das Ergebnis informieren.

Zu 5.

Das Thema Städtepartnerschaften wird in der Verwaltung gegenwärtig im Hinblick auf die Aktivierung der Partnerschaften und mögliche Kooperationspartner geprüft. Dabei wird der Vorschlag der CDU-Fraktion aufgegriffen. Über das Ergebnis wird der Stadtrat im Mai informiert. Mögliche Effekte könnten im Haushalt/Konsolidierungskonzept 2014 abgebildet werden.

Zu 6.

Aufgrund der geringen Eigenmittel zur Finanzierung von Investitionen werden die Grundstückserlöse als Deckungsmittel eingesetzt.

Zu 7.

a.) Die Stadt Halle hat bereits vor Jahren ein zentrales Schulden- und Liquiditätsmanagement geschaffen, dessen Aufgaben u.a. darin bestehen, durch ständige Beobachtung des Geld- und Kapitalmarktes eine eigene Zinsmeinung zu bilden. Aufgrund dieser ist zu entscheiden, welche Maßnahmen einzuleiten sind, um entweder die Stadt vor eventuell steigenden Zinsen zu schützen (Zinssicherung) oder Zinnersparnisse zu realisieren und somit einen Beitrag zur Konsolidierung des städtischen Haushaltes zu leisten. Da das Zinsumfeld nach der städtischen Zinsmeinung auch im Jahr 2013 weiterhin von

Niedrigzinsen geprägt sein wird, besteht die Möglichkeit, sowohl im Kassenkredit- als auch im Investitionskreditbereich Zinersparnisse durch Umschuldung zu realisieren.

b) Seit 2008 liegt der Anlagezins öfter über dem Kassenkreditzins (bei gleicher Laufzeit). Diese Besonderheit des Geld- und Kapitalmarktes beabsichtigt die Stadt Halle auch im Jahr 2013 weiterhin konsequent auszunutzen.

c) Ein Liquiditätspool existiert bereits durch das seit Mai 2009 bestehende Cashmanagement mit dem Eigenbetrieb Zentrales Gebäudemanagement (ZGM). Es steht den städtischen Gesellschaften frei, sich nach (steuer-)rechtlicher Klärung und wirtschaftlicher Abwägung an diesem städtischen Cashmanagement zu beteiligen.

Zu 8.

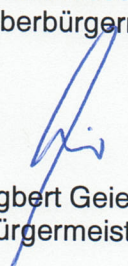
Die Erträge wurden sorgfältig geschätzt und bilden den Planungsstand zum Zeitpunkt der Erstellung des Haushaltsplanes ab. Veränderungen können sich stets im weiteren Planungszeitraum ergeben.

Zu 9.

a.) 88 Stellen.

b.) Grundsätzlich sind vakante Stellen als Auswirkungen früherer Fachkonzepte zu sehen und daher zur Wiederbesetzung vorgesehen. Vor Wiederbesetzung wird grundsätzlich eine Überprüfung der dringenden Notwendigkeit vollzogen.

c.) Vakante Stellen betreffen alle Bereiche der Stadtverwaltung. Eine Entscheidung zur Wiederbesetzung wird vom fachlich zuständigen Beigeordneten im Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister getroffen.



Egbert Geier
Bürgermeister